

Erscheint täglich außer Sonntags.  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

## Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das  
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

# Das Brot bleibt teuer

## Schiele ist ohnmächtig gegen Brotfabriken

Reichsernährungsminister Schiele hat sich nun zur Brotpreisfrage öffentlich geäußert. Er weist auf die große Verschiedenheit der Brotpreise in Groß-Berlin hin, deren Vereinheitlichung nur mit einer diktatorischen Macht vielleicht möglich wäre, die aber Minister Schiele für sich selbst gar nicht haben möchte. Man hat für eine Weizenmenge, die das Doppelte der Weizeneinfuhr im Monat April 1931 darstellt, den Einfuhrzoll um 50 M. ermäßigt, und zwar unter verschiedenen Bedingungen, darunter auch, daß die Müller sich verpflichten, dieser Zollermäßigung auch in den Mehlpreisen Rechnung zu tragen.

In welchem Maße von dieser Möglichkeit und von dieser Vorschrift Gebrauch gemacht worden ist, läßt sich noch nicht endgültig sagen, weil noch Uebergangsercheinungen vorhanden sind. Zu der Weigerung der Brotfabriken, die Brotpreisherabsetzung mitzumachen, teilt Minister Schiele mit, daß die

Brotfabriken erklärt haben, wenn das gesetzliche Nachtbrotverbot befreit werde, dann könnten und würden sie den Brotpreis um 8 bis 10 Prozent herabsetzen!

So selbst wenn diese sozialreaktionäre Maßnahme zum Schaden der Gesundheit der Bäckerarbeiter und zum Nachteil für ihre Familie nur in bestimmte Ausicht gestellt würde, versprechen diese Fabrikanten eine Brotpreisherabsetzung um 4 bis 5 Prozent!

Gemessen an dem Ernährungsindex, der den Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 mit 100 ansetzt, sieht Schiele eine seither eingetretene allgemeine Preisermäßigung. Allerdings gibt er zu, daß seit Anfang April eine

Erhöhung von 85,9 auf 86,7 eingetreten

ist. Aber das sei immer noch unter dem Stand vom Jahresanfang vom Jahre 1931, wo er 88,9 betragen hat. Der Ernährungsindex sei gegenwärtig auch niedriger, als er jemals seit dem 1. Januar 1925 verzeichnet wurde.

Schiele gibt im einzelnen die Rezhiffern für Fleisch, Fleischwaren, Fisch, Eier, Milch, Margarine usw. an, die diese Behauptung bestätigen, ebenso für Nahrungsmittel, die von 92,8 auf 89,5 zurückgegangen seien und den niedrigsten Stand seit 1925 erreicht hätte. Diese Verbilligung von Graupen, Haferflocken, Erbsen und Speisebohnen sei geeignet, die saisonmäßige Steigerung der Kartoffelpreise in gewissem Umfang auszugleichen.

Diese Kartoffelpreissteigerung, die im Mai 86,4 erreicht hat, geht zwar ein wenig über die Steigerung des Vorjahres hinaus, bleibt aber noch immer beträchtlich unter der Frühjahrsverteuerung in den Jahren 1927 bis 1929, und ähnliches gelte auch für die Andererhöhung beim Gemüse.

Gegenüber all den „reichlichen Ersparnissen“ spiele die Brotpreissteigerung von 93,7 im Januar auf 96,8 im Mai nur eine verhältnismäßig geringe Rolle und bleibe auch noch unter dem Stand von 1927 bis 1930. Der schon erwähnte allgemeine Rückgang des Index beweise schließlich auch, daß die Brotpreissteigerung nicht in dem vielfach befürchteten Sinne zu einer allgemeinen Preisverteuerung geführt habe.

Nach all diesen Erklärungen, zu denen auch „beruhigende“ Auskünfte über das Vorhandensein einer ausreichenden Getreidemenge bis zur neuen Ernte gehören, geht recht deutlich hervor, daß Schiele die Möglichkeit einer spürbaren Brotverbilligung kaum als gegeben ansieht und von ihm energische Maßnahmen kaum zu erwarten sind.

## Henderson nimmt an.

Die Präsidentschaft der Abrüstungskonferenz.

Genf, 21. Mai.

Henderson teilte zu Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung des Völkerbundsrates mit, daß MacDonald ihn telegraphisch ermächtigt habe, die Präsidentschaft auf der Abrüstungskonferenz anzunehmen.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Ratstagung erklärte Dr. Curtius, er sei überzeugt, die Gefühle sämtlicher Mitglieder des Rates zum Ausdruck zu bringen, wenn er dem englischen Kabinett seinen Dank für diesen Entschluß ausspreche. Der englische Außenminister übernehme mit diesem Amt eine schwere Verantwortung. Er sei überzeugt, daß sämtliche Mitglieder des Völkerbundsrates mit ihm die Auffassung teilten, daß der englische Außenminister zweifellos für diesen Posten die geeignete Persönlichkeit sei. Damit sei nun zum erstenmal ein wirklich entscheidender Schritt in der Richtung der Abrüstung getan.

## Die Salzsäure im Kaffee

### Ein 20-jähriger wegen „Mordversuchs“ vor Gericht

Diese „Mordanklage“ steht in tristem Gegensatz zu der Persönlichkeit des zwanzigjährigen Angeklagten L., der sich vor dem Landgericht III zu verantworten hat. „Ein kindlicher Junge“ sagt von ihm der Sachverständige Dr. Dyrenfurth, die Eltern und Verwandten haben ihn nie für voll genommen. Er war stets gutartig, gefügig und anhänglich. Auch der Stiefmutter gegenüber, die er angeblich „vergiften“ wollte.

Am 4. Oktober verspürte Frau L., die Stiefmutter des Angeklagten, beim Trinken des Kaffees, der von dem zwanzigjährigen Stiefsohn Hans zubereitet worden war, einen salzigen Geschmack. Als der Junge nach Hause kam, stellte sie ihn zur Rede; er kostete auch selbst vom Kaffee, bestritt, etwas hinzugefügt zu haben, leugnete auch später dem Vater gegenüber, es getan zu haben. In Wirklichkeit hatte er in die Kanne Kaffee einige Tropfen Salzsäure getan, eine Menge, die, wie durch die chemische Untersuchung festgestellt wurde, unter keinen Umständen ausreichte, um einen Menschen zu vergiften. Von Gewissensbissen und Angst geplagt, fuhr Hans aber am nächsten Morgen zu seinem Onkel nach M., arbeitete hier für einige Tage, entwendete 500 Mark, wurde der Tat überführt und vom Landjäger vernommen. Jetzt fuhr er nach Berlin zurück. Der Sachverständige Dr. Dyrenfurth unterstreicht, daß die ethischen Vorstellungen bei dem Angeklagten gut entwickelt seien, daß er aber geistig auf der Stufe eines fünfzehnjährigen stehe, daß er die Einsicht in die Folgen seiner Handlungen nicht besitze und ihm auch die Ueberlegungsfähigkeit eines vollentwickelten Menschen fehle. Wie war er aber zum „versuchten“ Mord an der Stiefmutter gekommen?

Hans L. hat im Alter von acht Jahren seine leibliche Mutter, im Alter von zwölf Jahren seine erste Stiefmutter verloren. Seine Eltern gaben ihn zu einem Onkel nach M., wo er Schmied lernte. Der Onkel hatte zu wenig Arbeit, der Junge kam nach Berlin zurück, wohnte bei seinen Eltern, half der fuhrkranken Stiefmutter im Haushalt, war anhänglich, freundlich, mit einem Wort ein guter Junge. Weil er den Eltern nicht zur Last fallen wollte, ging er stempeln und lernte beim Arbeitsamt zwei junge Burschen kennen, Fritz und Artur. Man besuchte zusammen das Kino, und als eines Tages keiner von den dreien Geld hatte, drangen die beiden Freunde in Hans, er soll ihnen doch auf irgendeine Weise Geld besorgen, er könne ja welches von den Eltern nehmen. Hans entwendete 50 Mark; in drei Tagen waren sie durchgebracht; er fürchtete nach Hause zu gehen und wurde von einem Berliner Onkel den Eltern zurückgebracht. Der Vater begnügte sich mit einer ersten Verwarnung. Die Freunde drangen einige Zeit hernach wieder in Hans, er möchte doch Geld beschaffen; er könnte doch seine Stiefmutter vergiften, dann würde er das Haushaltsgeld vom Vater bekommen. Hans wies diesen

Gedanken von sich und entwendete diesmal 30 Mark. Der Vater begnügte sich mit einer Verwarnung. Einige Zeit ging alles gut. Aber eines Morgens wurde in Hans die Vorstellung an seine Freunde vom Arbeitsamt übermächtig; er erinnerte sich an ihren Vorschlag, die Stiefmutter zu vergiften. Nachdem der Vater zur Arbeit gegangen war, goß er einige Tropfen Salzsäure in die Kaffeekanne.

Der Angeklagte, ein schmales, blaßes Bürschchen mit weichen Gesichtszügen, erzählt vor Gericht in ganz kindlicher Art, wie alles gekommen ist und wiederholt immer wieder, daß er von seinen Freunden wie gefesselt gewesen sei.

Vater und Mutter stellen dem 20-jährigen das beste Zeugnis aus. Es wäre unbegreiflich, wie er es hätte tun können. Nach der Tat hätten sie zwei Monate glücklich miteinander verlebt, dann sei aber die Angelegenheit zufällig zur Kenntnis der Polizei gelangt, und der Staatsanwalt hätte sich der Sache angenommen. Der Junge wurde abgeholt und in Untersuchungshaft gesteckt. Sie würden ihn sofort wieder zu sich nehmen.

Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen versuchten Mordes fallen und beantragte wegen versuchten Teilschlages 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus.

## Berufung gegen Fabricius.

### Er schreibt unverschämte Briefe.

Der fastfam bekannte, disziplinierte nationalsozialistische Regierungsrat Dr. Fabricius, jetziger Reichstagsabgeordneter, ließ sich von dem gleichfalls nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Becker verteidigen, als er wegen seiner Beteiligung an dem Goebbels-Radau gegen den Antikriegsfilm vor dem Schnellgericht stand.

Gegen das damalige Urteil des Schnellgerichts hatte Fabricius Berufung eingelegt. Unterdessen war aber der Jwist Hitler-Stennes ausgebrochen. Fabricius blieb hitlertreu, Dr. Becker nahm Partei für Stennes. Die Folge war Entziehung der Vollmacht durch Fabricius. Die Folge war Entziehung der Tätigkeitsarbeiten, die er für den Berufungstermin geleistet hatte, zu dem bereits bezahlten Honorar von 100 Mark ein Zuschlagshonorar in Höhe von 50 Mark. Diese 50 Mark sollten auf Wunsch Beckers der S.A.-Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Fabricius schickte darauf an Rechtsanwalt Dr. Becker ein Schreiben folgenden Inhalts:

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt! Die in Ihrem Brief vom 17. April 1931 enthaltene Behauptung, ich hätte das Fehlen einer Honorarvereinbarung dazu benutzt, „berachtigte“ Honorarforderungen abzustreiten, würde ich als unverschämte Bezeichnung, wenn ich es nicht vorzöge, höflich zu bleiben. Von einer Berechtigung, nach Empfang von 100 M. weitere 50 M. nachzufordern, kann nach Lage des Falles gar keine Rede sein.

Daß Sie über einen Betrag, der Ihnen nicht zusteht, zugunsten der S.A.-Hilfe verfügen, finde ich außerordentlich grobmutig. Das Recht, von „unseren“ S.A.-Leuten zu sprechen und auf ihnen gebrachte Opfer hinzuweisen, haben Sie gründlich vermisst, nachdem Sie durch Unterstützung des Herrn Stennes die nationalsozialistische und damit die deutsche Sache vertaten haben und in den Dienst Frankreichs und des Judentums getreten sind. Unter wirklich nationalsozialistischen ist es niemals üblich gewesen, sich gebrachter Opfer zu rühmen.

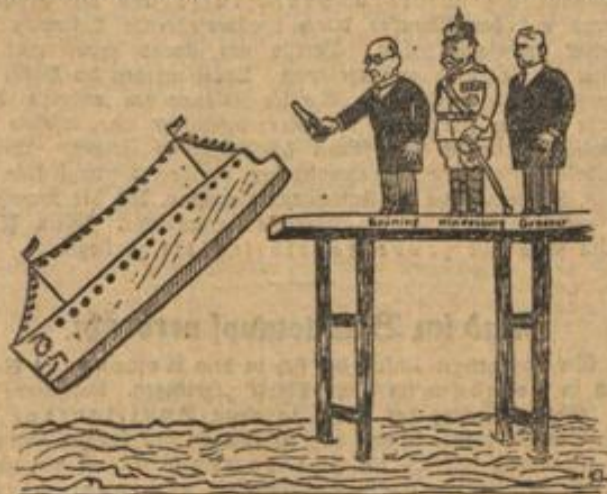
Ich verbleibe, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,  
geg. Fabricius, Regierungsrat.

Weitere Zuschriften, gleich welchen Inhalts, werde ich weder beachten noch beantworten.

Rechtsanwalt Dr. Becker hat nach Empfang dieses Briefes beim Landgericht III einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen Dr. Fabricius gestellt. Er begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Behauptung, er stehe im Dienste Frankreichs, eine schwere Beleidigung darstelle, gegen die er, der Antragsteller, sich nur im Wege zivilrechtlicher Auseinandersetzung wehren könne, da der Antragsgegner als Abgeordneter immun und nicht greifbar sei.

Die Gefahr künftiger Wiederholungen derartiger Behauptungen ergab sich unter anderem aus den Äußerungen gegen Hitler und

## Vorstoß gegen die Notverordnung



„Diese infame Göttilosenpropaganda! Jetzt will sich selbst der Panzerkreuzer nicht taufen lassen!“



Genossen des Landgerichts I. Aus diesen Akten ersehe man „mit erschreckender Deutlichkeit, mit welcher gewissenlosen Verleumdung von prominenten Vertretern der NSDAP. gegen bisherige politische Freunde vorgegangen ist. Der Schluß ist nicht nur nahe, sondern nach dem Inhalt des Schreibens vom 21. April 1931 sogar zwingend, daß auch der Antragsteller dieses Verfahrens fortgesetzt werde, zumal angesichts der Behauptung, der Antragsteller sei in den Dienst Frankreichs getreten, eine Behauptung, die so irrsinnig ist, daß sie nur einem zu allem fähigen krankhaften Gehirn entspringen kann“.

Das Landgericht III hat dem Antrag des Dr. Becker auf Erlass einer einstweiligen Verfügung stattgegeben. Von Dr. Fabricius ist gegen diese einstweilige Verfügung Einspruch erhoben worden. Somit wird das Landgericht III sich in öffentlicher Behandlung mit dem neuesten nationalsozialistischen Skandal zu befassen haben. Es kann dabei süftig werden.

## Armengeldempfänger . . .

Der Nazi-Franzen läßt Erwerbslose verhöhn.

Braunschweig, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Der Hakenkreuzminister Franzén, der es für sein gutes Recht hält, der preußischen Polizei die Unwahrheit zu sagen, hat die braunschweigische Arbeiterchaft nicht nur durch Haftstrafen für den Schulstreik provoziert, sondern er hat es auch fertig gebracht, die Arbeiterchaft verhöhn zu lassen, indem die Strafmandate an die ausgesteuerten Erwerbslosen mit der Adresse versehen wurden:

„An den Armengeldempfänger . . .“

Das Parteiblatt Franzén bringt es fertig, die verhängten Strafen, die insgesamt 22 1/2 Jahre Freiheitsentzug darstellen würden, als eine „besondere Milde“ hinzustellen. Die Brutalität der Gesinnung schmilzt den Hakenkreuzlern aus allen Poren.

## Stahl mit Goldplomben.

Disziplinarverfahren, Stadtschulrat, Strafgericht.

Leipzig, 21. Mai.

Als im Frühjahr v. J. die Neuwahl des Schulamtsbezirks beim Räte der Stadt Leipzig notwendig wurde, stellte sich zunächst der bisherige Inhaber des Amtes, Stadtrat Prof. Dr. Stahl, zur Wiederwahl. Die Sozialdemokratie stellte als Gegenkandidaten den Stadtverordneten Land auf. Die Sozialdemokratie trat mit Mitteilungen über Stadtrat Stahl hervor, deren Erweislichkeit geeignet sein mußte, die Aussicht der Wiederwahl Stahls zu zerstören. In der „Leipziger Volkszeitung“ war zu lesen, daß die schulpflichtigen Söhne des Stadtrats Stahl widerrechtlich sich in der städtischen Schulzahnklinik hätten behandeln lassen, daß ihnen Goldplomben eingesetzt worden seien, und daß Stadtrat Stahl von dieser Verletzung der Bestimmungen gemußt, sie gebildet und gefördert habe. Diese Vorwürfe wurden, nachdem ein Disziplinarverfahren angeblich ihre Haltlosigkeit ergeben hatte, kurz vor der Wiederwahl wiederholt und noch dahin erweitert, daß Stahl selbst sich widerrechtlich habe in der Schulzahnklinik behandeln lassen. Nach erfolgter Wahl erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ noch ein Artikel, in dem Stadtrat Stahl Gefinnungswechsel im Sinne der Gefinnungslosigkeit vorgeworfen wurde.

Am 19. und am 20. Mai verhandelte nun das Erweiterte Schöffengericht Leipzig über die Klage, die wegen dieser Vorwürfe gegen den Stadtverordneten Rauch als verantwortlichen Schriftleiter der „Volkszeitung“ eingereicht worden war. Das Urteil lautete wegen öffentlicher Beleidigung des Stadtrats Prof. Stahl in einem Fall zu 150 Mark Geldstrafe. Im übrigen erfolgte Freisprechung.

In der Begründung wurde im wesentlichen gesagt: Soweit es sich um den Vorwurf der Gefinnungslosigkeit handelt, haben die bereitgestellten Beweismittel zur Führung eines Beweises nicht als geeignet angesehen werden können. In der Frage der Goldplomben ist das Gericht der Ansicht, daß hier eine unbedingte Inanspruchnahme der Schulzahnklinik vorliegt, den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Stadtrat Stahl darum gemußt habe, hat der Angeklagte nicht erbringen können. Trotzdem ist ihm für diesen Fall die Strafausschließungsbestimmung des § 193 zugebilligt worden. Soweit eigene Behandlung des Stadtrats Stahl in der Schulzahnklinik behauptet wurde, ist der Wahrheitsbeweis dafür erbracht, daß sie unbedingte Inanspruchnahme genommen worden ist.

## Ratifikationen und Konventionen.

Ausbau des Schiedsgerichtsverfahrens.

Genf, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Bei dem üblichen Bericht über die erfolgten Ratifikationen von Konventionen teilten England, Frankreich und Indien ihren Beitritt zur Generalakte für die schiedsgerichtliche Regelung internationaler Streitfälle mit. Grandi versprach die baldige Ratifikation durch den italienischen Senat. Nach dem Beitritt zweier der mächtigsten Länder könne man mit größerer Sicherheit und erhöhtem Vertrauen an die Begrenzung der Rüstungen gehen. Curtius betonte, es verbleibe das größte Interesse, wenn jene Länder das Bekenntnis zur friedlichen Regelung der Konflikte abgelegt hätten. Der Völkerbund habe den Mitgliedern zwei Wege dafür offen gelassen, die Generalakten oder zweiseitige Schiedsverträge. Die genannten Staaten hätten sich für den ersten Weg entschieden, und es sei zu hoffen, daß der Ausbau des Schiedsgerichtsverfahrens weitergehe.

Die Vorschläge des Finanzkomitees in der Europakommission über die Errichtung der Internationalen Hypothekbank für Agrarkredit sowie Regelung des Hypothekenrechts in den Balkanländern wurden debattelos angenommen. Da Polen und Litauen in ihren direkten Verhandlungen nicht zu einer Regelung ihrer Grenzschwierigkeiten gekommen sind, wurden sie vom Rat energisch auf den bestehenden Beschluß hingewiesen, wonach der Rat bei neuen Zwischenfällen alle Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung treffen kann. Zum Schluß wurde der Bericht über den Vorentwurf eines Abkommens zur Verstärkung der Kriegsvorbereitungsmittel angenommen.

## Briand soll bleiben.

Die Regierung drängt.

Paris, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Briand, der am Mittwoch eine lange telefonische Unterredung mit Laval hatte, wird wahrscheinlich erst am Freitag oder am Sonnabend nach Paris zurückkehren. Bis der „Gazette“ mitteilt, soll das gesamte Kabinett die Absicht haben, den Außenminister um die Zurückziehung seines Demissionsgesuches zu bitten, nachdem er in Genf den ihm durch das Vertrauensvotum der Kammer erteilten Auftrag so tatkräftig ausgeführt hat.

# Moderner Strafvollzug

Vortrag des Anstaltsleiters Kleist-Celle bei den sozialdemokratischen Juristen

Bei den sozialdemokratischen Juristen sprach ein Berufener, der Direktor der Strafanstalt Celle, Genosse Kleist, über den modernen Strafvollzug.

Kleist gab ein anschauliches Bild von der Praxis der Strafanstaltsarbeit. Der Ausgangspunkt jeder Arbeit am Gefangenen muß die genaue Kenntnis seiner Persönlichkeit sein. Alles, was an Tatsachenmaterial in dieser Hinsicht beschafft werden kann, wird herangezogen.

Grundlegender Erziehungsfaktor ist und bleibt die Arbeit.

Der Wert der Arbeit dokumentiert sich aber durch seine Betriebe. Der Gefangene muß Lust an der Arbeit empfinden und auch einen gewissen Nutzen haben. In der Anstalt Celle ist sein einziger Tag der Achtstundentag eingeführt. Die Arbeitsleistung ist gestiegen. Die gewonnenen zwei Stunden fließen nicht in der Einsamkeit der Zelle, sondern in den Unterricht, in die Selbstbeschäftigung und ins Gemeinschaftsleben. Die Gefangenen erhalten Vorschüsse, damit sie sich Arbeitsgeräte kaufen können, sie basteln in ihren Zellen und gelangen so zu einem Nebenverdienst; verschiedene von ihnen besitzen ein Konto von über tausend Mark. Es werden Sparsbücher angelegt, und zu Weihnachten ist an die Familien der Gefangenen mehr Geld hinausgegangen als Geld ins Gefängnis geschickt wurde. Die Zahl der am Unterricht Teilnehmenden hat sich fast verdreifacht. Das Vereinsleben in Turn-, Gesang-, Musik- und dergleichen Meß Gruppen erzieht zur Selbstverwaltung. Die Vereine haben Vorstände, Kassenwarte usw. Während im Jahre 1921 — 28,8 Proz. aller Gefangenen bestraft werden mußten, waren es im Jahre 1930 nur 4,9 Proz. Täglicher Widerstand wurde dagegen im Jahre 1921 in 20 Fällen geleistet, im Jahre 1930 in keinem einzigen Fall. Schwere Disziplinarstrafen wurden im Jahre 1924 in 215 Fällen verhängt, im Jahre 1930 bloß in 21 Fällen. Die Zahl der gerichtlichen Verurteilungen von Gefangenen wegen Verbrechen im Gefängnis betrug im Jahre 1923 49, im Jahre 1930 war sie gleich 0. 144 Beschwerden im Jahre 1923 standen 1930 bloß 87 gegenüber. Und das alles bei einem Menschen-

material, das viel schwieriger ist als früher. Von den 180 neu Eingelieferten waren im Jahre 1930 — 150 vorbestraft, und zwar einmal 20 Gefangene, zweimal 10, drei- bis fünfmal 34, mehr als zehnmal 42, von zehn- bis dreißigmal 30. Der moderne Strafvollzug.

der in der Ermunterung der Gefangenen, in der Schaffung neuer gesunder Bindungen zwischen ihm und der Außenwelt seine Hauptaufgabe erblickt,

bringt es auch mit sich, daß die Anstaltsinsassen in viel höherem Maße als früher mit der Außenwelt Fühlung nehmen und die bestehenden Beziehungen aufrechterhalten. Dadurch wird der spätere Uebergang zur Freiheit erleichtert, die Gefahr des Rückfalls ins Verbrechen gemindert. Während im Jahre 1924 die Gefangenen bloß 2400 Briefe empfangen, waren es im Jahre 1930 — 8000; 1000 abgegangenen Briefen standen 4000 gegenüber. Die Zahl der Besuche betrug entsprechend 130 und 230. Das viel bessere Wohlverhalten der Gefangenen ermöglicht eine erhöhte Zahl von Strafaussetzungen; diese haben um 12 Proz. zugenommen. Die Gewährung von Urlaub hat in keinem einzigen Falle zu einer unpünktlichen Rückkehr in die Anstalt perleitet. Im Jahre 1930 erhielten 90 Gefangene Urlaub; in vielen Fällen haben sich die Urlauber selbst Arbeitsplätze besorgt. Eine der größten Sorgen bildet die Entlassensfürsorge. Hier entzieht für die Arbeiterwohlfahrt ein großes Aufgabengebiet. Das neue System, das durch die letzte preußische Verordnung den Vollzug von Strafen in Stufen ermöglicht, hat sich durchweg bewährt. Das Gefängnis hat den Charakter der Strafe durchaus nicht verloren; letztere dient aber allein der Erziehung. Die Beamten, die sich aus eigener Anschauung überzeugen konnten, daß es besser geht als früher, stellen sich gern in den Dienst des neuen Strafvollzugs, sie opfern sogar aus eigenem Antrieb den Gefangenen ihre Freizeit. Eine große Unterstützung erhält die Anstaltsarbeit durch die Willigen aus dem Volke. Nach dem Vortrag fand eine angeregte Diskussion statt, an der Juristen, Strafanstaltsbeamte, Wohlfahrtspfleger und Fürsorger teilnahmen.

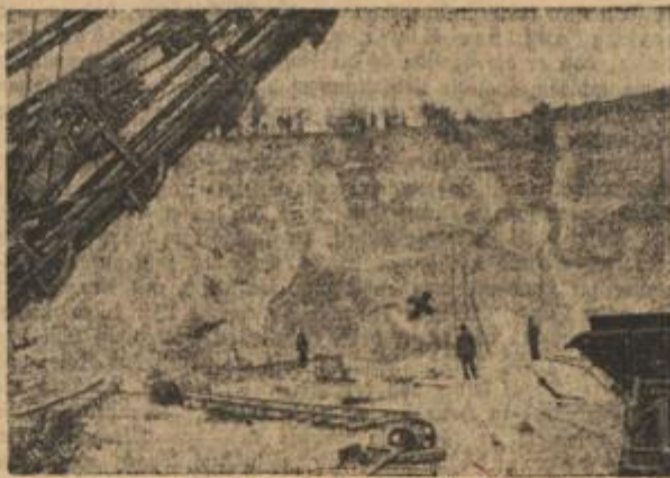
## Todesopfer in Lichtenberg.

Unter entsetzlichen Schmerzen gestorben.

Das schwere Brandunglück in den Lichtenberger Mineralölwerken in der Herzbergstraße 35 hat leider ein Todesopfer gefordert. Der Arbeiter Erich Kuppler aus der Rüdersdorfer Straße 34, dem die Kleider buchstäblich vom Leibe brannten, ist in der vergangenen Nacht seinen furchtbaren Verletzungen im St. Hubertuskrankenhaus erlegen. Die polizeiliche Untersuchung über die Ursache und Schuldfrage der verhängnisvollen Explosion ist noch nicht zum völligen Abschluß gelangt.

## Das Einsturzungslied in Bernsdorf.

Im Besinden der beiden Arbeiter Hedert und Scharfenberg, die bei dem Erdbeben in der Kiesgrube von Bernsdorf verunglückt und schwerverletzt wurden, ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die Verletzten, die im Köpenicker Kreisstrassenhaus Aufnahme gefunden haben, befinden sich zur Zeit außer Lebensgefahr. Die Leichen der tödlich verunglückten Schachtarbeiter Gregor, Marschner und Lange sind beschlagnahmt worden. Die Untersuchung über die Zusammenhänge, die zu dem verhängnisvollen



Die Unglücksstätte

Erdbeben geführt haben, wird von der Staatsanwaltschaft II vorgenommen. Der erste Staatsanwalt Bauh hatte sich noch gestern an die Unglücksstätte begeben, um die notwendigen Ermittlungen anzustellen.

Bisher ist nur der unrettet gebliebene Arbeiter vernommen worden. Auf Grund seiner Belundungen und der Befragung der Unfallstelle ist der Staatsanwalt zu der vorläufigen Annahme gekommen, daß Witterungseinflüsse und die Erschütterungen auf der Chaussee durch vorüberfahrende Lastautos das Unglück verursacht haben. Bereits am Abend zuvor war ein kleiner Erdbeben zu verzeichnen. Dabei wurden die Gleise der Schmalspurbahn verückt. Als die Kolonne am anderen Tage gerade mit der Freilegung der Gleise beschäftigt war, erfolgte der gewaltige Erdbeben mit seinen katastrophalen Folgen. Weitere Klarheit kam erst die Vernehmung der übrigen Verunglückten ergeben. Immerhin hat die Untersuchung ergeben, daß der Riesobau bis auf sechs Meter an die Chaussee heranreichte. Allein hierin scheint schon eine grobe Fahrlässigkeit zu liegen.

## Rind im Bouillontopf verbrüht.

Ein eigenartiger Unfall hat sich in dem Restaurant Gerlach in Potsdam im Alten Markt zugetragen. Vorgefunden sind die 13jährige Tochter des Wirts in einem Bouillontopf und verbrüht sich herab, daß sie jetzt an den Folgen gestorben ist. Eigenartig hat sich die Potsdamer Polizei bei diesem Vorfall, der sich in einem ausgesprochen rechtsgerichteten Lokal ereignet hat, verhalten, denn sie hat bis zur Stunde keinen Bericht über diese Angelegenheit herausgegeben. Warum diese Heimlichkeit?

## Sechs Züge voll Flugzeuge geschmuggelt

Was Fokker erzählt.

London, 21. Mai.

In seinem Buch „Der fliegende Holländer“ erklärt Fokker, daß die Entente ihm während des Krieges 40 Millionen Mark angeboten habe, falls er aus Deutschland in seine Heimat Holland zurückkehren und für die Alliierten Flugzeuge bauen würde. Dieses Angebot sei jedoch in die Hand des deutschen Geheimdienstes gefallen und habe ihn niemals erreicht. Fokker habe schon vor dem Kriege England seine Erfindungen angeboten. Sie seien aber damals abgelehnt worden. Als die Entente die Auslieferung aller Fokkerflugzeuge nach dem Waffenstillstand verlangte, sei es ihm gelungen sechs Eisenbahnzüge mit Fokker-Flugzeugen nach Holland zu schmuggeln. Die Zollbeamten seien damals bestochen worden.

## Papstanklage gegen Faschistenterror.

Wegen der Unterdrückung katholischer Studenten.

Rom, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Bei einem Empfang von Vertretern der katholischen Studentenvereinigungen erkundigte sich der Papst eingehend über die neuesten Terrorakte der Faschisten gegen die katholischen Studenten. Der Papst verlangte, daß ihm sofort jeder neue Terrorakt mitgeteilt werde. Er werde dann sofort die notwendigen Schritte unternehmen. Ferner müsse jeder Terrorfall sofort durch die Presse der ganzen Welt bekanntgegeben werden.

In verschiedenen Städten waren in jüngster Zeit die katholischen Studenten gefährlichen Bedrohungen von Seiten der Faschisten ausgesetzt. Das katholische Klubhaus in Parma wurde von der faschistischen Studentenschaft zerstört. Die dem großen katholischen Verband angeschlossenen Studenten wurden aus der offiziellen, vom Staat unterstützten Studentenvereingung ausgeschlossen.

Die Spannung zwischen Faschismus und Vatikan scheint nach all diesen Vorgängen und nach den scharfen Äußerungen des Papstes zu schließen, zugenommen zu haben.

## Frankreichs Nervenzusammenbrüche.

Englische Labour-Kritik.

London, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“, das Organ der Labour Party, also der Regierungspartei, bringt im Anschluß an die Genfer Entscheidung seine Kritik gegen Frankreich deutlich zum Ausdruck. Es betont, Frankreich habe nun bis zum Herbst Zeit, darüber nachzudenken, daß es mit der Würde der Republik unvereinbar sei, auf jede politische Aktivität Deutschlands mit einem Nervenzusammenbruch zu reagieren. Es könne unmöglich auf die Dauer jede wirtschaftspolitische Maßnahme bekämpfen, die ihm unangenehm erscheine. Es könne sich nicht der Tatsache verschließen, daß seine Politik eine gefährliche Reaktion in Deutschland wehren müsse. Auf der anderen Seite müßten Deutschland und Oesterreich bedenken, ob ihre Vorschläge nicht zum Kernpunkt eines umfassenden Reorganisationsplans für Europa gemacht werden könnten.

## Abrechnung mit Nazis und Kommunisten.

In einer öffentlichen Versammlung des Kreises Wedding im „Swinemünder Gesellschaftshaus“ wurde am Mittwochabend mit der Politik des Faschismus abgerechnet. Genosse Robert Breuer sprach über das Thema „Gegen den Faschismus“. Als Genosse Breuer auf die Grenzen des Aufstiegs der Nationalsozialisten hinwies, die dort gezogen sind, wo sie ihre verlogenen und phantastischen Versprechungen in die Wirklichkeit umsetzen sollten, konnten einige kommunistische Zwischenrufer sich nicht enthalten, für die gewalttätige Auseinandersetzung mit den Nazis in einem Bürgerkrieg zu plädieren. Ein kommunistischer Diskussionsredner beschwerte sich trotzdem über die Anwendung der Notverordnung gegen kommunistische Terrorverbrechen. Der Redner forderte die Kommunisten auf, sich den politischen Rathaben westeuropäischer Zivilisation und Demokratie anzupassen, ebenso wie er den Russen unter ihren rücksichtlosen Verhältnissen ihre eigenen politischen Methoden zugebe.



# „Das ist Schlesien“

## Protokoll einer Hörfunden-Diskussion

Zu einer Rundfunk-Hörfunde hatte der Arbeiter-Radiobund eingeladen. Zur Diskussion stand die von Breslau aus verbreitete Reichsendung „Das ist Schlesien“, die auch vom Berliner Sender übernommen wurde. Die Leitung der Hörgemeinschaft hatte Staatssekretär Dr. Heinrich Schulz. Vor Beginn der Sendung wies er darauf hin, daß es das erste Mal sei, daß eine Reichsendung von der Hörgemeinschaft empfangen werde. Es gelte, Erfahrungen zu sammeln, zur Verbesserung der künftigen Arbeit nach Kräften beizutragen. Gerhard Wenzel, Verfasser des Textes der Hörfunde, betonte, daß er nicht ein dramatisches Spiel mit einer konstruierten Handlung, sondern eine historische Bilderreihe geben wolle, in der ohne Steigerung ein Bild neben dem anderen steht. Als seine Aufgabe habe er betrachtet, die Provinz Schlesien allen Hörern gegenwärtig zu machen.

Nach Anhören der Sendung entwickelte sich ein lebhafter Meinungsaustausch über Wert und Aufführung. Der folgende Ueberblick bringt einige charakteristische Stimmen. Die Namen der Diskussionsredner sind nur in den Fällen wichtig, wo Amt oder Beruf sie in unmittelbare Beziehung zu Rundfunkfragen stellt.

**Bruno Schönland:** Historie sei in der Hörfunde aneignungsgerecht wie in einem armeneligen Geschichtsbuch. Das Besten sei unliebend, das Heute fehle fast ganz.

**Dr. Heinrich Schulz** bittet schon aus Rücksicht für den als Gast anwesenden Autor um sachliche, aber nicht persönlich aggressive Kritik. (Zu Schönland): Sie dürfen von einer Reportage nicht eine tiefgründige Untersuchung verlangen.

**Diskussionsredner A.:** Die Sendung wirkte als Aktion einer Reichszentrale für Verkehrswerbung. Die Menschen im Reich wurden aufgefordert: kommt nach Schlesien. Mit wirtschaftlichen Angaben belästigt man zahlende Gäste nicht. Die Wirklichkeit blieb unsichtbar. Zuviel unverständlicher Dialekt.

**B.:** Realistische Gerüche störten. Wiedergabe von Maschinenlärm ist auf die Dauer nicht zu ertragen, raubt die Illusion, erweckt den Eindruck von Sende- oder Empfangsstörungen. Zuviel billiger Optimismus in dem historischen Aufbau. Kriege der verschiedensten Epochen werden glückselig mit dem Unterton: es wird trotzdem alles wieder gut. Schlesien kann heute nur mit nationaler Grundstimmung gesehen werden. Aber sie darf nicht in Volksumsromanik ausarten und statt typischer Dinge häßliche und interessante unterstehen wie in diesem Spiel. Arbeiterführer hätten neben den Amtspersonen zu Wort kommen müssen.

**C.:** Unterstreicht die Neuheiten von B. Arbeit im Granitbruch würde ausführlich hörbar gemacht, ebenso Glasblätere. Im Granitbruch aber liegt heute die Arbeit zu 100 Proz. still; Glasindustrie ist ebenfalls im Eingehen begriffen. Was uns geboten wurde, war der Gipfel der Unschicklichkeit. Der Schwerblütige, stille Schlesier wurde als ausgelassener, stets zu Heiterkeit gestimmter

Mensch geschildert. Der Weberaufstand wurde nicht als historische Begebenheit erzählt. Katholische und evangelische Kirche wurden zu breit berücksichtigt. Den Schlesier tollte man zwar mit einem Satz, aber man erinnerte mit keiner Silbe daran, wer er eigentlich war.

**Dr. Heinrich Schulz** hält das Experiment für völlig verfehlt. Aus Ehrgeiz versuchen die einzelnen Sender sich zu übertrumpfen. Der Hörer will gar nicht so viel Neues, er will Qualität. Die Fülle des vorliegenden Stoffes ließ sich in diesem Fall gar nicht in eine Reportage pressen. Die Rede von Kerr pochte schlecht in die Sendung, die statt dessen besser einige Worte des in Breslau geborenen Reichstagspräsidenten Lbbe gebracht hätte. Mängel der hundertjährigen Regie: In Läden, die von der Reportage gelassen wurden, schob man ziemlich wahllos repräsentative Schallplatten.

**Vorsitzender des Arbeiter-Radiobundes Segall:** Es handelt sich bei der Aufführung um eine Reichsendung. Das bedingt besondere Rücksichten. Das Werk wäre bei nur lokaler Sendung wahrscheinlich kraftvoller herausgekommen.

**Regierungsrat Professor Dr. Woldt:** Das Hörspiel war zu wenig geklärt, zu lang. Die historische Einleitung unbefriedigend, bestimmte wirtschaftliche Epochen (Weber) recht eindrucksvoll. Der Stoff zu vielseitig; erfolgreicher hätte man einen Bezirk des Landes zusammenfassen können. Die Kerr-Rede störte. Zuviel Lärm. „Ich kann nicht so hart urteilen wie die meisten Redner, weil ich weiß, wie schwer solche Reportagen zusammenzustellen sind.“

**D.:** Regie unzureichend. Im historischen Teil hätten statt Militär-marschmärsche weniger schablonenhafte Laute gewählt werden müssen, um die Stimmung von Krieg und Kriegsschrecken herauszubekommen. Auch der Weberaufstand wirkte matt.

**Bruno Schönland** findet den Bericht des schlesischen Handwebers eindrucksvoll. Der Einzelmann im Brennspiegel der Zeit vermittelt stärkeres Erlebnis als die hörbar gemachte Masse. Die schlesischen Menschen hatten in dem Spiel aus dem Leben des Johann Christian Günther, das Schlesien vor einiger Zeit brachte, viel klarere Gestalt als in dieser Reportage.

**Gen. Flatau** vom Arbeiter-Radiobund glaubt, daß vielen Arbeiterhörern das Spiel gefallen habe. Die literarischen Akzente haben gestört; der Arbeiterhörere muß ohne Vorkenntnisse imstande sein, solcher Sendung zu folgen.

Der Autor **Gerhard Wenzel** nimmt zum Schluß zu Einwänden Stellung, die gegen sein Manuskript gemacht wurden. Durch Vorlesen einzelner Stellen daraus beweist er, daß mindestens manche Szenen viel plastischer waren, und daß ihm z. B. in der geschichtlichen Einführung die Gestaltung von Kriegsdiskussionen vorschwebte an Stelle einer nichtsagenden Aufzählung, die geboten wurde. Die eingefügten Schallplatten waren ihm zum größten Teil gar nicht bekannt. Tes.

## Alfred Wegeners Forschertod.

Der 1881 geborene Berliner Geophysiker Alfred Wegener ist, als Opfer allzu früher Forschung, den weißen Tod im hohen Norden gestorben. Wegener ist einer der sympathischsten Führer der Naturwissenschaftler der Gegenwart gewesen. Da man die Eiskontinente etwa 150 Kilometer westlich der Station Eismitte gefunden hat, kann man den Todesstag auf etwa den 5. November 1930 annehmen. Wegener war durch seine 1911 ausgeführte Kontinentalverschiebungstheorie bekannt und berühmt geworden. Nach dieser Anschauung hat sich der Kontinent Amerika durch Verschiebung von einem gemeinsamen Urkontinent Europa-Asien-Afrika gebildet, und die heute noch sichtlich gleichartigen Konturen der einander gegenüberliegenden Seiten dieser Ländermassen sind der offensichtliche Beweis für diese geniale und doch so einfache Annahme. Obgleich diese Theorie nicht bewiesen ist, auch kaum bewiesen werden kann, ist sie doch plausibel. Wenn nämlich in Urzeiten an der europäischen Westküste ein neues Riffenland aus der Tiefe gestiegen war, so hätte dies gemäß der geringeren Drehgeschwindigkeit der tieferen Schichten eine Tendenz zum Zurückweichen gegenüber der Erddrehung, also eine Drift nach Westen. Es ist dies eine Erscheinung von der Art wie die bekannte Polstucht der Eisberge, die auch zu einer Polstucht der Kontinente werden kann, daß nämlich an sich geringe Kräfte durch Vohrmillionen hindurch eine große Wirkung ergeben. Die Kontinente sind dabei nach Wegener ungefähr wie Schlacken oder Schollen anzusehen, die auf einem quass flüssigen Untergrund schwimmen. Der Prozeß der späteren Erhebung Amerikas aus der Tiefe der Erde kann als eine Folgeerscheinung chemischer Vorgänge vermutet werden.

Wegeners Sonderinteresse galt seit 1912 der Erforschung Grönlands, wohn er wiederholte Reisen unternahm. Er galt als sehr erfahren und zuverlässig, hat aber doch offenbar zuletzt einen schweren Fehler begangen, indem er aus der Station Eismitte in der Polarnacht des November ausbrach, um mit Hundeschlitten in Begleitung des Grönländers Kosmussen eine Reise von 400 Kilometer nach Westen zu machen. Man vermutet, daß er Nahrungsmangel befürchtete für den Fall, daß sie alle auf Station Eismitte überwintern sollten, wo schon Georgi, Loewe und Sorge waren. (Loewe war mit Wegener gekommen.) Durch eine zufällige Häufung kleiner Mißgeschickte war nämlich alles in der Organisation dieser Expedition verspätet worden, und die Station Eismitte, 500 Kilometer von der östlichen Küste entfernt, war nicht ausreichend versorgt worden. Trotzdem hätte es bei sparsamer Bewirtschaftung gelangt, zumal ja noch etwa 20 Hunde vorhanden waren, die notfalls geopfert werden konnten. Es war vor allem wohl Rücksicht auf die andern, die nicht unter dem Mißgeschick leiden sollten, daß Wegener sich zu der gefährlichen, noch nie gemachten Reise mitten im Polarwinter durchs grönländische Hochland entschloß. In Nacht und Sturm auf 3000 Kilometer Westwärts eine Strecke von 400 Kilometer zurückzulegen, war auch dem erprobten Wegener nicht möglich, so erreichte ihn der Tod mitten auf seinem Arbeitsfeld im 51. Lebensjahr.

## Münchener Festwoche: Neue Musik.

Sie begann mit der Uraufführung von Francesco Mallipieros Musikdrama „Komodie des Todes“ (Lorneo notturno) im Nationaltheater bei Anwesenheit des Komponisten. Mallipiero neigt bewußt zu einer neumusikalischen Ausdrucksform und nähert sich diesmal einem Oratorium. Dieses in sieben Stationen gegliederte Gemälde zweier symbolischer Gestalten (der Hoffnungstote und Sorgstote) erscheint als Operntext ungeeignet. Die Handlung vollzieht sich programmatisch: der am Leben Verzweifelnde erhofft durch Tötung des Sorgenlosen neuen Lebensmut, erfährt aber nicht den Frieden der Seele. Trotz großen Könnens gelangt der Italiener, der sich an Puccini und Debussy anlehnt,

nicht zu jener Kongruenz von Ton und Wort, die das Ganze als einheitlich empfinden läßt.

Bei der folgenden, mit größter Erwartung aufgenommenen Veranstaltung kam Alois Habas Vierteltonoper „Die Mutter“ zur Uraufführung. Seit Monaten hörte man von der mühseligen Probearbeit, für die ganz neue Instrumente benötigt wurden (Piano, Harmonium, Klarinette, Trompete und Harfe auf Viertelton eingestrichelt), und von der Unermüdblichkeit des Dirigenten Scherchen. Regie, Bühnenbild und Einstudierung besorgten Prager Künstler. (Haba lebt in Prag.) Der Text, vom Komponisten gleichfalls verfaßt, bringt wenig Handlung. In den zehn Szenen steht die Mutter im Mittelpunkt, die Kinder zur Welt bringen will, um sich als Mutter auszuweisen, die aufgeht in Fürsorge und feilscher Anteilnahme und so zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten im Leben die Kraft hat.

Haba hat in seiner Oper, die den reinen unthematischen Stil repräsentiert, bei der kein melodischer Einfall wiederholt oder variiert wird, bewiesen, daß das Vierteltonsystem nicht nur in der Kammermusik, sondern auch in der Oper anwendbar ist. Dem Hörer wird diese Kunstform in ihren Komplexitäten gar nicht recht spürbar, höchstens in einzelnen Solopartien. Es ist alles auf Rhythmus gestellt, und in dieser Beziehung begegnet man Längen von aufbringlicher Monotonie. Das Experiment schien das mit Musikern stark durchsetzte Publikum sehr zu interessieren, besonders die ungewöhnlichen Klänge der Anfangsszenen. Der Komponist, und die Seele der Aufführung, Dirigent Scherchen, sowie die sich hingebend widmenden Sänger und die Darstellerin der Mutter, Lily Debusser, nahmen viel Beifall entgegen.

Die vier großen Operntheater Italiens schließen sich zusammen. Die vier größten Operntheater Italiens, die Mailänder Scala, das Theater San Carlo in Neapel, die königliche Oper in Rom und das Operntheater in Genua, beschließen den Zusammenschluß zu einem künstlerischen und finanziellen Konzern. Der Konzern verpflichtet die Künstler für alle vier Bühnen zusammen. Die Sänger treten abwechselnd in Mailand, Genua, Rom, Neapel auf.

Keine Verhandlung der Akropolis. Der Bund Deutscher Architekten hatte vor einiger Zeit in einer Rundgebung gegen die Ablichtung Stellung genommen, am Fuße der Akropolis ein Justizministerium zu erbauen. Ausländische Architektenerbände haben sich in derselben Richtung bemüht. Erfreulicherweise haben die Vorstellungen der Architekten bei den maßgebenden Stellen Erfolg gehabt. Wie aus Athen gemeldet wird, ist der Plan aufgegeben worden.

Die erste Wohlfahrtsplatte der Deutschen Bühnengenossenschaft. Die Elektra-Platte C. B. 100, gespielt von Marcel Weber und Gesungen von Marcel Wittrich, ist soeben zum Preise von 4,50 M. in allen autorisierten Verkaufsstellen zu haben. Da die Herstellungsfirma wie die mitwirkenden Künstler auf alle Gewinne aus dieser Platte verzichtet haben, werden von jeder Platte 20 Prozent an die Wohlfahrtskasse der Bühnengenossenschaft abgeführt.

Der 6. Juni Staatsfeiertag in der Sowjetunion. Wie das Präsidium des Volkskongresses der Sowjetunion mitteilt, ist der 6. Juni, der Jahrestag der Einführung der Räteverfassung, zum Staatsfeiertag bestimmt worden. An diesem Tage darf nicht gearbeitet werden.

Ausstellung von Schülerarbeiten graphischer Berufsschulen. Seit der Umwandlung der früheren Fortbildungsschulen in Berufsschulen wird dem Lehramt in diesen Schulen erhöhte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Einen Einblick in die Leistungen der graphischen Fachklassen bietet die Ausstellung, die zur Zeit im Buchgewerbeamt in Berlin S. B. 61, Lustenbühlstraße 5, gezeigt wird. Die dort ausgetheilten Werke sind Lehrpläne, die zum Teil von den Schülern der Berufsschulen wie auch der Lehrlingsausbildung im Buchgewerbe bearbeitet wurden. Der Buchgewerbeamt ist bei freiem Eintritt täglich von 9 bis 13 Uhr, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr, und am Sonntag, dem 7. Juni 1931, von 11 bis 14 Uhr geöffnet, sonst Sonntag geschlossen.

Das Berliner Theater wurde gestern wieder geschlossen, weil Biscator die Stelle nicht auftraten konnte. Es bleibt vorläufig geschlossen und dürfte in ein Lustspiel-Theater umgebaut werden.

## Heinrich Rest und Ordnungerschaft.

### Eine Erwiderung.

Zu dem in der „Vorwärts“-Ausgabe vom 20. Mai veröffentlichten Artikel „Die Berliner Volksbühne“ von Robert Breuer, sehe ich mich, was den Abschnitt über meinen „Konflikt“ mit der Ordnungerschaft anbelangt, zu scharfem Protest veranlaßt.

Breuers Formulierung: „Der Streit, der sich hier aufgetan hat, eine menschlich tief betrübliche Angelegenheit, ist wirklich nichts, was irgendwie mit Kunst zu tun hat“, muß, auch wenn Breuer es selbst nicht gewollt hat, zu der Meinung führen, es handelt sich hier um persönliche, gar um ehrenrührige Dinge. Es handelt sich in diesem Streit selbstverständlich nur um Kunst, um nichts anderes. Denn in einem Theater, auch in einem Verein, der seinen Ausdruck und seinen Zweck im Veranstalten von Theateraufführungen findet, geht es nur um künstlerische Dinge. Geschäftliche Fragen sind von den künstlerischen nicht zu trennen. Diese Auffassung scheint ja auch die Verwaltung, in der die Ordnung die Majorität haben, zu teilen, da sie den Rückgang der Mitgliederzahl auf den verfehlten Spielplan der beiden letzten Jahre zurückführt, und mich — nicht Herrn Martin — für diesen Spielplan verantwortlich macht. Ihm gegenüber hätte ich auch mehr Energie im Verhindern von Ausgaben zeigen müssen. Worin aber diese überflüssigen Ausgaben, worin die falsche Geschäftsführung besteht, konnte nicht festgestellt werden. Im Gegenteil, es mußte konstatiert werden, daß im letzten Spieljahr trotz des „verfehlten“ Spielplans von Martin eine in diesen heutigen schwierigen Theaterverhältnissen gewiß nicht einfache Ausbalancierung des Etats zu verzeichnen ist. Eine Ausbalancierung, die nur durch peinlichstes und kniffligstes Hand-in-Hand-arbeiten der geschäftlichen mit der künstlerischen Gestaltung des Theaters zu erreichen war. Aus dieser Tatsache wird nun rückwirkend wiederum geschlossen, daß in früheren Jahren die Geschäftsführung eine allzu verschwenderische gewesen sein muß, da der Etat damals höher war als heute. Worin aber diese „Verschwendung“ gelegen hat, konnte im einzelnen wiederum nirgends festgestellt werden. Daß ich seit fast 35 Jahren mich — mit Erfolg — bemüht habe, oft durch nicht weniger schwierige Situationen als die heutigen die Volksbühne hindurchzuführen, sollte meiner unmaßgeblichen Meinung nach eher zu einer Anerkennung, als zu einer Vertrauensentziehung führen.

Das Fazit meiner jahrzehntelangen, organisatorischen, geschäftsführenden, aufbauenden Bemühungen um die Volksbühne muß also für mich leider in der Feststellung liegen, daß an sich ehrenwerte, aber theaterfremde Elemente der Volksbühne der Schwierigkeiten wirtschaftlicher Krisenzeiten, wie der heutigen, nicht Rechnung zu tragen vermögen. Einen oder wenige für eine an normale Zeit verantwortlich machen und nicht begreifen können, daß mit den Zeiten sich auch die Formen aller Institutionen ändern müssen.

Im übrigen stelle ich noch einmal fest, daß dem Konflikt zwischen der Verwaltung und der Führung des Theaters keine persönlichen, sondern nur sachliche Motive zugrunde liegen. Heinrich Rest.

Hierzu schreibt uns Robert Breuer:

Heinrich Rest hat recht: Ich habe nichts sagen, auch nichts andeuten wollen, was irgend an seine Ehre rühre oder auch nur rühren könnte. Ich habe den Streit zwischen Rest und den Ordnern „eine menschlich tief betrübliche Angelegenheit“ genannt. Dabei muß ich bleiben, denn es ist menschlich tief betrüblich, wenn Bestimmungsfreunde, die jahrzehntelang miteinander arbeiteten und kämpften, sich auseinanderleben, sich einfach nicht mehr sehen können. Darum aber handelt es sich bei dem Streit zwischen Rest und den Ordnern, oder besser gesagt, bei dem Streit der Ordner gegen Rest. Es vollzieht sich das Schicksal einer brüchig gemordenen und auseinanderfallenden Ehe. Meines Erachtens geht es hierbei weder um die Kunst, noch um die Verwaltung, noch um die Wahrung des Budgets.

## Das Wasser gibt die Toten wieder.

### Leichenfund am Mühlendam.

An der Mühlendammschleuse wurde heute früh die Leiche eines etwa 25 bis 30 Jahre alten Mannes aus der Spree gezogen. Der Tote, bei dem es sich zweifellos um einen Selbstmörder handelt, hat etwa 14 Tage im Wasser gelegen. Der bisher Unbekannte war bekleidet mit grauer Jacke, buntem Oberhemd, roter Krawatte und dunklen Hosen mit Sportgürtel. Er trug neue, rötlich-gelbe Schuhe und graue Strümpfe.

Die Leiche des 20jährigen Friseurs Gerhord Reise aus der Kaiser-Wilhelm-Str. 24 in Lantwih, der am Himmelfahrtstage bei einem Segelbootunglück ertrank, wurde gestern von Wasser-sportlern aus dem Seddensee gelandet. Die Leiche des bei dem Unfall ebenfalls ertrunkenen 22jährigen Zeichners Rudolf Pijner aus der Rudensstr. 24 in Lantwih konnte dagegen noch nicht gefunden werden.

In Wannsee war gestern Abend das Gerücht von einem Bootsunglück verbreitet. Passanten hatten auf der Havel, unweit der Fraueninsel starken Feuerchein wahrgenommen, der nach einigen Minuten wieder erlosch. Da vermutet wurde, daß einem Motorboot ein Unglück zugestoßen sei, wurde der Reichsmoskowsky und ein Feuerlöschboot alarmiert. Die Boote suchten den betreffenden Fischabschnitt längere Zeit ab, konnten aber Spuren eines Unfalls nicht entdecken.

## Benzineexplosion in Kattowih.

### 40 Personen erlitten Brandverletzungen.

Kattowih, 21. Mai.

Am Donnerstag gegen 3 Uhr morgen geriet wahrscheinlich durch Selbstentzündung das Del- und Benziniager der Firma Schwielewski in Kattowih in Brand. Obwohl sämtliche Feuerwehren der Umgebung bald am Brandort eintrafen, war das Delager nicht mehr zu retten. Mit Hilfe des Schaumlöscherfahrens gelang es den Feuerwehren, das große Benziniager vor den Flammen zu retten. Bei der Explosion einiger Benzolgefäße wurden zwei Feuerwehrlente durch den Luftdruck vom Dach geschleudert und schwer verletzt. Außerdem erlitten weitere 40 Personen, zum Teil Rettungsmannschaften, durch herumsprühendes brennendes Benzin Verletzungen. Der Schaden geht in die Hunderttausende und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Der spanische Finanzminister hat mit den Vertretern der russischen Rophtho-Co. einen Vorvertrag abgeschlossen, der die Belieferung der spanischen Monopolsellschaft mit russischem Petroleum vorsieht. Die russischen Lieferungen sind 18 Prozent billiger als die der Standard Shell-Gruppe.







# Und trotzdem: Freie Bahn!

## Eine Erklärung der Arbeiterstudenten

In Nr. 66 der „Vossischen Zeitung“ zeigt Dr. Püßfeld am Tage der Beratung des preußischen Kulturrelats in einem Leitartikel „Freie Bahn — wozu?“ für sorgfältige Anteilnahme an den Schicksalen der Arbeiterabiturienten. Da wir Arbeiterstudenten nur selten die Ehre haben, in der Öffentlichkeit auf so wohlgemeinte Beachtung zu stoßen, gehen wir mit besonderer Freude auf diese Ausführungen ein.

Dr. Püßfeld nennt die drei Einrichtungen von Arbeiterabiturientenkursen in Frankfurt, Hamburg, Neudölln und betrachtet ihre Ergebnisse. Er erwidert durch seine Darstellung den Anschein, als ob das eine von ihm genannte Staatsexamen und der erfolgreiche Abschluß eines Arbeiterabiturienten an der Pädagogischen Akademie in Frankfurt — der übrigens in normaler Zeit erfolge und nicht, wie es fälschlich heißt, „fast die doppelte Vorbereitungszeit gebraucht“ hat — die einzigen Ergebnisse dieser drei Kurse seien. Der Eingeweihte aber weiß, daß die Angaben von Dr. Püßfeld nur die vorläufigen Resultate der Reußföllner treffen, und daß längst zwölf Hochschuljahre z. B. der Hamburger Kursten bekannt sind. Er hat ferner verschwiegen, daß im Augenblick einige Reußföllner Arbeiterstudenten im Staatsexamen bzw. in der Doktorprüfung stehen. Uns scheint daher die Sorge um den Abschluß unserer Studien zum mindesten ein wenig verfrüht zu sein.

In dem Artikel vergaß man weiter zu erwähnen, daß bisher zehn Semester seit dem ersten, neun Semester seit dem zweiten Reifeprüfungen der Reußföllner Kursten verfloßen sind. Da die meisten von ihnen vier bis fünf Semester, einige sogar während der gesamten Studienzeit ihren Lebensunterhalt mit Erwerbsarbeit bestreiten mußten, war natürlich nicht zu erwarten, daß gerade sie sich nach der günstigsten Mindestsemesterzahl zum Examen melden. Wenn nach dem Urteil der Professoren etwa zwei Semester mit Erwerbstätigkeit einem davon freien Studiensemester gleichzusetzen sind, dann wäre diesen Studenten in Wirklichkeit nur etwa fünf bis acht Semester Vollstudium anzurechnen. Berücksichtigt man ferner, daß der Durchschnittsstudent der Philologie und Medizin, der also mit der angebl. allein ausreichenden Vorbildung auf die Universtität kommt, auch erst nach 12 Semestern (Durchschnitt 12,4) das Examen macht, so gewinnt das abschließende Urteil Dr. Püßfelds über die „am Tage liegenden Gebitebenen“ immer mehr den Charakter einer sehr wertwürdig anmutenden Schwarzlehre.

Es sei Dr. Püßfeld zugegeben, daß bei einer relativ so kurzen Vorbereitungszeit zum Abiturium einige Lücken im rein gedächtnismäßig anzuweisenden Wissen vorhanden sein mögen, wie sie übrigens auch jeder Normalhörer je nach dem Schulsystem während des Studiums aufzufüllen hat. Keineswegs aber werden Reußföllner Arbeiterstudenten über „geringe Schulung in geistiger Arbeit“ klagen, weil wissenschaftliche Arbeitsmethoden, kritische Stellungnahme und selbständiges Urteil in einem Maße gerade in den Reußföllner Kursten gepflegt wurde, daß wir Kursten nur allzuoft Gelegenheit hatten, uns über den Mangel an geistiger Schulung der in neun Schuljahren „Ausgereizten“ zu wundern. Wenn Dr. Püßfeld mörtlich schreibt: „Man kann die Kandidaten selbst bitter genug darüber klagen hören, daß sie bei ihrem unzulänglichen Wissen und ihrer geringen Schulung in geistiger Arbeit auf der Hochschule einfach nicht mitkommen“, so täuscht er fälschlich eine gute Bekanntschaft mit den Arbeiterstudenten und ein Wissen um die Dinge vor. Ein Dr. Püßfeld ist in Kreisen der Arbeiterstudenten unbekannt, und man wird nie einen Arbeiterstudenten in angeführter Weise klagen hören.

Obdank enthält die Darstellung der Reußföllner Kurse mehrere Unrichtigkeiten. Irreführend ist beispielsweise der Satz „Mit der Empfehlung der Partei melden sich die jungen Arbeiter zur Aufnahmeprüfung“. Da die Parteien durch persönliche Verbindungen einen gewissen Einfluß ausüben vermögen, bleibt die Entscheidung über den Wert der Leistungen davon nicht immer unberührt. Dies zeigt, daß Dr. Püßfeld von den Verhältnissen im Kursus keine Ahnung hat. Selbst der angesehenste Parteifunktionär hätte bei den wiederholten scharfen Prüfungen keine Sonderbehandlung erfahren. Unzutreffend ist u. a. auch die drei- bis vierjährige „Gymnasial“-Ausbildung; die Reußföllner Kurse bereiten ebenso wie die Hamburger auf die Reifeprüfung für die Deutsche Oberschule vor, doch verzichten wir hier auf die Richtigstellung der zahlreichen falschen Angaben und Ungenauigkeiten, die Dr. Püßfeld in seiner Besorgtheit unterlaufen sind. Es genügt der Hinweis, daß der „Vossischen Zeitung“ mehrere Berichtigungen zugehört wurden, von denen allerdings nur zwei ausgeführt und auch diese nur in kleinem Druck an verborgener Stelle erschienen sind.

Wenn Herr Dr. Püßfeld aufrichtige Teilnahme an den Schicksalen der Arbeiterstudenten verspürt, sind wir gerne bereit, ihm die Unterlagen zu einer Beurteilung der Verhältnisse zu geben. Aber wir müssen uns ganz energisch dagegen vermahnen, daß man die in dem Artikel so zahlreich aufgestellten Unrichtigkeiten und falschen Behauptungen zur Grundlage eines vorläufigen Urteils darüber macht, ob die Arbeiterabiturientenkurse in der bisherigen Form fortgeführt werden sollen. Der immerwährende Zustrom zu diesen Kursen beweist, daß der Bildungsdrang des von den geistigen Gütern bisher ausgeschlossenen Proletariats so groß ist, daß diese Einrichtungen trotz der Anstrengungen und Entbehrungen, die an den einzelnen herangetragen, zu einem ständigen Bedürfnis geworden sind. Unstatthaft ist auf jeden Fall, die Ueberfüllung der Hochschulen und akademischen Berufe mit den Aufstiegsmöglichkeiten des Proletariats in Verbindung zu setzen. Es dürfte Dr. Püßfeld kaum entgangen sein, daß die Gefahr der „proletarischen Ueberfüllung“ der Hochschulen nach der Statistik auf 1,2 Proz. der gesamten Studentenschaft eingeschätzt ist. Im übrigen wendet sich seit einigen Jahren etwa die Hälfte der Arbeiterabiturienten bewußt nichtakademischen, ebenso notwendigen Wirkungsfeldern zu.

Uns Arbeiterstudenten ist nach allem die rührend-mitleidige Anteilnahme an unseren Schicksalen sehr verdächtig. Sehen wir doch, daß der Artikel geschrieben war, um einigen Rednern im Preußischen Landtag billiges Material gegen den Kulturwillen der Arbeiterklasse zu liefern. Was schadet es, daß es falsch ist? Es wirkt im Augenblick, die Berichtigung kommt ja doch zu spät! So enthält sich die Anteilnahme des Herrn Dr. Püßfeld als ein politischer Schachzug, diktiert von der Angst des Bürgertums, die Arbeiterklasse könne in stärkerem Maße in die akademischen Funktionen vorstoßen und tatsächlich das Bildungsprivileg des Besitzes brechen. Herr Dr. Püßfeld darf überzeugt sein, daß wir zu diesem Ziel unseren Weg fortziehen werden.

Am Namen der Reußföllner Arbeiterstudenten:

Umbreit, Gutjahr, Tietgens, Greube

# Wissen als Volksgut

## Ein neuer Weg volkstümlichen Anschauungsunterrichts

Es ist allgemein üblich, den Unterricht, einen Vortrag, durch Anschauungsmaterial zu ergänzen, das gesprochene Wort zum besseren Verständnis des Vorgetragenen durch Gegenstände aus dem betreffenden Wissensgebiet zu illustrieren. Denn es ist eine Erfahrungstatsache, daß man zu Kindern, aber auch zu Erwachsenen dann am besten und verständlichsten sprechen kann, wenn es Dinge betrifft, die sie schon einmal gesehen haben. Optische Eindrücke sind überzeugender und leicht fasslicher als noch so gut formulierte schriftliche oder mündliche Darlegungen, wir nehmen widerstandslos durch das Auge als durch das Ohr auf. Die gute bildliche Darstellung einer Sache ist auch gegenständlicher, unmittelbarer als eine schriftliche oder mündliche Schilderung: ein paar gute Photos von einer Industrieanlage z. B. können einen besseren Eindruck des Werkes vermitteln als ein noch so erschöpfender Bericht.

Neben das Bild als Anschauungsmaterial tritt als wichtiger Bildungsfaktor die Schau, das Museum. Die überwiegende Anzahl der Museen stellt Gegenstände aus dem Gebiete der Kunst, der Natur oder der Technik zur Schau. Man sammelt Material aus vergangenen Zeiten und der Gegenwart, um das Verständnis für die Vergangenheit oder die Gegenwart zu weiden. Bestrebungen, Museen und andere Schaustellungen pädagogischen Zwecken mehr als bisher dienlich zu machen, werden gerade heute wieder mit besonderem Eifer vertreten. Große Gebiete der Wissenschaft sind jedoch bisher der musealen Schaustellung verschlossen geblieben, es sind dies vor allem Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft. Diese Wissenschaften handeln nicht vom Menschen als Einzelgebilde, sondern vom Zusammenleben der Menschen und ihren Handlungen, von Beziehungen der Menschen also, die schwer sichtbar gemacht werden können. Die vielen Ausstellungen, die in unserer Zeit veranstaltet werden, beschränken sich jedoch nicht mehr wie die Museen auf Gebiete der Kunst, Naturwissenschaft oder Technik; bei dem großen Interesse der breitesten Öffentlichkeit für soziologische und wirtschaftliche Zusammenhänge sind es gerade diese Probleme, denen das Publikum in immer neuen Schaustellungen reges Interesse entgegenbringt. Die bisherigen Mittel und Möglichkeiten der bildlichen Darstellung von Wissensgebieten erwiesen sich hier jedoch als unvollkommen und unzureichend, es mußten für die Veranschaulichung dieser Fragen neue Lösungen gesucht werden.

Wenn man die verschiedenen Ausstellungen, die Buch- und Zeitschriftenillustrationen, die Reklameplakate auf die Methoden ihrer bildlichen Darstellung betrachtet, so findet man Willkür und Systemlosigkeit. Die komplizierten Beziehungen, die veranschaulicht werden sollen, werden meist gar nicht auf die konkrete Wirklichkeit zurückgeführt, sondern durch Kurven, Linien, Winkel, Rauminhalte usw. dargestellt. Die meisten dieser Veranschaulichungen kommen dem Verständnis eines ungelehrten Menschen nur wenig entgegen, ihr pädagogischer Wert ist sehr gering.

Bereits seit einigen Jahren gibt es nun ein Institut, das sich ganz systematisch mit der Ausarbeitung einer Methode befaßt, soziologische Tatsachen in Bildern darzustellen. Es ist das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, ein Volkshilfungs- und Forschungsinstitut, das in mehreren ständigen Ausstellungen in Wien volkstümliches Anschauungsmaterial über wirtschaftliche und gesellschaftliche Tatsachen zur Schau stellt. In Deutschland ist dieses Museum durch seine Beteiligung an einigen großen Ausstellungen bekannt geworden, so z. B. an der Gesolei in Düsseldorf, der Hygieneausstellung in Dresden usw., in verschiedenen deutschen Städten hat es in Wanderausstellungen einen Teil seines Materials gezeigt. In Berlin hat es im Gesundheitshaus Kreuzberg eine kleine Dauerausstellung eingerichtet.

Dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum sind angegliedert eine technische Abteilung, in der die Ausstellungsgegenstände

selbst hergestellt werden, und ein „Internationales Museum für bildhafte Pädagogik“. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, unter denen experimentell und wissenschaftlich eine Methode entwickelt werden konnte, die vom Standpunkt der Pädagogik und der Fachwissenschaft, aber auch in bezug auf das künstlerische Niveau befriedigt. Bei der Ausarbeitung der Methode wurde darauf Rücksicht genommen, daß Symbole, die allgemein bekannt sind, Verwendung fanden, daß die Wirkung von Form und Farbe genau ausprobiert wurde, und daß die bildliche Darstellung der wissenschaftlichen Erkenntnis entspricht. Denn diese bildhafte Pädagogik ist keine Spielerei, sondern eine ernste Erziehungsangelegenheit.

Als letztes Ergebnis der Arbeit des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums liegt jetzt unter dem Titel „Gesellschaft und Wirtschaft“ ein Atlas sozialwissenschaftlichen Anschauungsmaterials vor, herausgegeben vom Direktor des Museums, Genossen Otto Neurath. Die hundert farbigen Bildtafeln und dreißig Texttafeln dieses bildstatistischen Elementarwerks sind „der erste systematische Versuch, auf Grund sorgfältiger Bearbeitungen und Verknüpfungen vorhandener Daten und Kombinationen aller Art, den Augen ein buntes Bild der heutigen Menschheitszivilisation und ihrer Entwicklung zu geben“. Die sehr gut ausgestattete, allerdings auch sehr teure Mappe enthält: 31 Bildtafeln über die wichtigsten Weltreiche seit 5000 Jahren, über Herrschaft, Krieg und Regierungsformen; 33 Bildtafeln über Produktion, Verbrauch, Handel und Verkehr; 12 Bildtafeln über Bevölkerung und Siedlung; 17 Bildtafeln über Arbeit, Organisation und soziale Lage; 6 Bildtafeln über Wirtschaftsformen und Religionen; dazu 30 erläuternde und ausführende Texttafeln. Die Ausarbeitung der Tafeln ist so erfolgt, daß sich die einzelnen Bildtafeln miteinander vergleichen lassen, im Vergleich ergeben sich dann neue Zusammenhänge, die eine Einzeltafel nicht zeigen kann. Die Einheitlichkeit der bildlichen Wiedergabe ist stets eingehalten worden, für denselben Gegenstand gilt dasselbe Zeichen, Abweichungen in der Form sollen auch Abweichungen im Inhalt aufzeigen.

Diese Einheitlichkeit der Tafeln beruht auf der vom Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum ausgearbeiteten „Wiener Methode“; unter dem Motto: „Vereinfachte Mengenbilder sich merken ist besser als genaue Zahlen vergessen“ lehnt die Wiener Methode an Stelle statistischer Zahlenreihen, die dem Laien langweilig und unverständlich sind, einprägnante „Mengenbilder“, d. h. farbige Symbole für eine bestimmte Menge Menschen, Maschinen, Rohstoffe usw.; Mengenverhältnisse werden nach dem Grundsatz anschaulich gemacht: „Eine größere Zahl von Gegenständen wird durch eine größere Zahl von Zeichen wiedergegeben“. Soll z. B. eine Ueberfüllung über die Völkergrenzen der Erde gegeben werden, so sind nicht große und kleine Figuren nebeneinandergestellt, wie die frühere Bildstatistik Größenunterschiede aufzeigte, sondern Reihen gleichförmiger Figuren werden nebeneinandergestellt und miteinander verglichen.

Auf diese Weise werden Tatsachen, bisher meist nur Fachwissenschaftlern bekannt und dem Laien schwer zugänglich, bildhaft so dargestellt, daß sie von jedermann begriffen werden können. Das Problem, eine Fülle von Wissen Volksgut werden zu lassen, ist hier fast spielerisch gelöst und damit ist diese Mappe ein wertvolles Unterrichtsmittel für Schulen und Erwachsenenbildung.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum hat mit dem Mundaneum in Brüssel im Auftrag des Kongresses des Weltverbandes der pädagogischen Vereinigungen in Genf 1929 das Orbis-Institut gegründet, um einen internationalen Zivilisationsatlas (Orbis) vorzubereiten und Ausstellungen und Museen zu schaffen, die als Glieder eines Weltmuseums („Mundaneum“) die Völker der Erde einander näher bringen sollen.

Richard Junge.

## Sozialphilosophie und Sozialforschung

An Stelle des seit Jahren erkrankten Professors Carl Grünberg, des verdienstvollen Herausgebers des Archivs für Geschichte der Arbeiterbewegung, ist jetzt Max Horkheimer Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung geworden. Gleichzeitig ist Horkheimer als Professor für Sozialphilosophie an die Universität Frankfurt berufen worden. In einer Antrittsrede, die soeben im Verlage Engler u. Schöffer, Frankfurt, erscheint, hat Horkheimer „Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung“ mit besonderer Ausrichtung auf das ihm nunmehr anvertraute Institut umrissen.

Nach Horkheimer ist die Aufgabe der Sozialphilosophie „die philosophische Deutung des Schicksals der Menschen, insofern sie nicht bloß Individuen, sondern Glieder einer Gemeinschaft sind“. Staat, Recht, Wirtschaft, Religion, kurz die gesamte materielle und geistige Kultur der Menschheit, die nur im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Leben der Menschen verstanden werden können, sind die Gegenstandsbereiche dieser Sozialphilosophie. Den Aufgabenteil des Frankfurter Instituts will Horkheimer folgendermaßen aktualisieren. Er will zunächst die Zusammenhänge erforscht werden, die sich bei qualifizierten Arbeitern und Angestellten in Deutschland und in den anderen hochentwickelten europäischen Ländern „zwischen der Rolle dieser Gruppe im Wirtschaftsprozess, der Veränderung in der psychischen Struktur ihrer einzelnen Mitglieder und den auf sie als Gesamtheit im Ganzen der Gesellschaft wirkenden und von ihr herorgebrachten Gedanken und Einrichtungen“.

Ein zeitgemäßes Forschungsprogramm, dessen Resultaten man mit Erwartung entgegensehen wird.

J. P. Mayer.

## Großstadt / Familie / Jugend

Die „Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“ legt ihre Forschungsarbeiten mit einer Untersuchung von Günther Krolzig: „Der Jugendliche in der Großstadtfamilie“ fort. Das Material lieferte eine schriftliche Umfrage bei Schulen und Berufsschulen innerhalb Berlins. Die Jugendlichen äußern sich — natürlich anonym — mehr oder weniger ausführlich, in welchem Verhältnis sie zu ihrer Familie stehen.

Es ist zuzugeben, daß ein so gewonnenes Material zunächst einen Ueberblick über die Beziehungen des jungen Menschen zu der Familie, speziell zu den Eltern geben kann. Auch wenn man

berücksichtigt, daß bei fast allen Niederchriften ein gewisser Geltungsdrang in Erscheinung tritt, bleibt genug Objektives, ja erschreckend objektives Material. Der Verfasser versucht in den Niederchriften, die naturgemäß in verschiedenen Richtungen laufen (es sind 2100 Niederchriften), und darum schwer statistisch zu erfassen sind, dadurch stoffliche Einheit zu schaffen, daß er das Verhältnis des Großstadtschuljünglichen zur Familie nach drei Hauptbegriffen formuliert: nach den gefestigten, gelockerten und gelösten Beziehungen. Wenn sich zahlenmäßig ergibt, daß die gefestigten Beziehungen in der Mehrheit vertreten sind, so ist das noch kein Argument für den festen Bestand der Familie überhaupt. Vielleicht ist das Gegenteil richtiger, denn die Zahl der Niederchriften, die sich vollständig negativ zur Familie einstellen, ist leider so groß, daß es erklärlich wird, wenn sich diese jungen Menschen dem Radikalismus, sei es in der Politik, in sexuellen Beziehungen oder überhaupt „begrifflich“ in die Arme werfen. Ist es nicht bezeichnend, wenn ein Lehrling schreibt: „Ich bin nur bei meiner Familie, um zu essen und zu schlafen.“ Dieses absolut negative Bekenntnis wiegt schwerer als positive Einstellungen, die vielleicht der Autoritäts-glaube diktiert hat.

Sehen wir in der Familie das Fundament des Staates, so müssen wir mit dem Verfasser die Aufgabe erkennen, ihrer fortschreitenden Erschütterung entgegenzuarbeiten. Es darf nicht verkant werden, daß ein großer Teil der Jugend infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die Familie verneint, dennoch ist bei Vielen das Rein grundsätzlich. Nur eine verständnisvolle Pädagogik im Elternhause und in der Schule kann hier ändernd eingreifen.

Marga Kunze.

## Die Ueberfüllung der Universität

Nach den offiziellen Mitteilungen des Verbandes Deutscher Medizinern ist die Zahl der Hörer zu den vorhandenen Plätzen derart ungünstig, daß von einem geordneten Lehrbetrieb nicht mehr gesprochen werden kann. In Bonn sind 120 Plätze vorhanden, aber 140 Hörer in der medizinischen Klinik. In München entfallen auf 300 Plätze 500 Hörer, in Prag auf 100 Plätze 675 Hörer. Nicht wesentlich besser sind die Verhältnisse bei der Ausbildung der Chirurgen. In Bonn kamen im letzten Semester auf 120 Plätze 185 Chirurgiehörer, in Prag gar auf 180 Plätze 925 Hörer. Der „Prämedicus“ bedauert, daß er die entsprechenden Zahlen der großen deutschen Universitäten nicht zur Hand hat; denn hier ist die Ueberfüllung bekanntermaßen noch viel größer.

Dr. S.



